

Auskünfte über ein glorifiziertes Land

USA entzaubern!

Die wirtschaftliche Situation der USA hat für viele Politiker, Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmer in Deutschland Vorbildcharakter. Hohes Wachstum, niedrige Inflation, scheinbar geringe Arbeitslosigkeit und eine exzellente Verfassung der Staatsfinanzen kennzeichnen die Lage. Ausgeblendet werden häufig die soziale Situation der arbeitenden Menschen und die langfristige, strukturelle Entwicklung des Landes. Franz Kersjes hat während eines Arbeitsaufenthaltes im Jahre 1999 bei Gewerkschaftern, Journalisten und Politikberatern in Washington und New York nachgefragt.

Inflation der Selbsttäuschungen

Die Amerikaner sind perfekt in der Selbstdarstellung. Ein Amerikaner kann alles, weiß alles und macht alles. Viele glauben an den beruflichen Aufstieg, die Karriere, den Erfolg. Aber diese Hoffnungen erfüllen sich nur selten.

Bewundert wird vor allem in Deutschland die statistisch geringe Arbeitslosigkeit. Aber deshalb ist die amerikanische Wirtschaftspolitik keinesfalls erfolgreicher als die deutsche. Karl Pitz, Sozialattaché bei der Deutschen Botschaft in Washington, ist der Überzeugung, die US-Wirtschaft wird überschätzt. Die Handelsbilanz zeigt im Vergleich zu Deutschland miserable Ergebnisse: während Deutschland im vergangenen Jahr einen Exportüberschuss von 128,6 Milliarden DM erzielt hat, mussten die USA ein Handelsbilanzdefizit von 436,6 Milliarden DM hinnehmen.

Die ersten Ergebnisse für dieses Jahr zeigen eine Fortführung dieses Trends. Die Produktivität ist in Deutschland wesentlich schneller gestiegen als in den USA. Und die amerikanische Sparquote lag schon vor 30 Jahren viel niedriger als die deutsche und ist noch stärker gesunken, auf zuletzt ungewöhnlich niedrige 0,5%. Und auch die deutsche Investitionsquote liegt seit vier Jahrzehnten weit über der amerikanischen. Ein wachsender Teil des amerikanischen Sozialproduktes muss zukünftig zur Bedienung der ausländischen Gläubiger verwendet werden. So meint denn auch Karl Pitz, dass die nächste Rezession in den USA wohl die härteste seit Ende des 2. Weltkrieges werden wird.

Viele Politiker und Unternehmer behaupten, die wirtschaftlichen Probleme der Welt resultierten aus zu großer Einmischung der Regierungen in die Marktwirtschaft, die man besser sich selber überlassen würde. Der Staat solle sich aus dem "freien Markt" heraushalten. Das starke Wachstum der US-Wirtschaft wird oftmals als Beweis für solche Behauptungen angeführt. Und so ist der von den politischen Eliten Amerikas geförderte Eindruck entstanden, die Vereinigten Staaten hätten eine neue Stufe erfolgreicher Wirtschaftsentwicklung erreicht. Aber dafür gibt es keine Beweise. Tatsächlich haben die USA schlechter abgeschnitten als viele andere hoch entwickelte Staaten. So wuchs zum Beispiel das amerikanische Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt zwischen 1990 und 1997 langsamer als das Deutschlands oder Japans. Und auch der Produktivitätszuwachs lag in dieser Zeit mit Ausnahme von Kanada in allen anderen G-7-Staaten höher.

Der entscheidende Faktor für den wirtschaftlichen Aufschwung in den USA ist der anhaltende Kaufrausch, dessen

Stärke und Ausdauer selbst Experten immer wieder aufs Neue überrascht. Die vergleichsweise geringe gesamtwirtschaftliche Produktivität muss durch Importe und zusätzliche Arbeitskräfte ergänzt werden. Viele Arbeitsplätze sind dadurch entstanden. Dabei handelt es sich oftmals um eine Beschäftigung mit Stundenlöhnen unter 5\$. Niemand kann von solchen Einkommen ein menschenwürdiges Leben führen.

Von durchschnittlichen mitteleuropäischen Komfortstandards muss man sich in den USA häufig verabschieden. Egal ob man Verkehrsmittel benutzt oder in einem Krankenhaus stationär behandelt werden muss, es fehlen überall qualifizierte Dienstleistungen. Die Hauptaufgabe lautet: verkaufen, verkaufen, verkaufen. Eine fachliche Beratung zum Beispiel in einer Buchhandlung sucht man allerdings vergeblich.

Die Ausgaben im sozialen Bereich sind reduziert worden, das Gesundheitswesen ist schlechter geworden und das Netz der sozialen Sicherheit wird weiter durchlöchert. Die demokratische Stadträtin von New York, Mary Pinkett, beklagt, dass Schwarze in den USA in vielen gesellschaftlichen Bereichen immer noch erheblich benachteiligt sind. Sie schimpft auf den Bürgermeister der Weltstadt, den Republikaner Rudolph W. Giuliani, weil die Stadt sich kaum noch um die Armen kümmert, obwohl vom jährlichen 36 Milliarden-Etat der Stadt Geld übrig bleibt.

Die unzureichenden Mittel, die für berufliche Aus- und Weiterbildung bereitgestellt werden, reduzieren die Chancen der meisten Menschen, jemals aus dem Niedriglohnbereich herauszukommen. Mary Pinkett bestätigt, dass mehr Geld für Gefängnisse als für Schulen ausgegeben wird. Der alltägliche Rassismus macht jeden Tag Opfer zu Tätern.

Die Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich sind solche, die außerhalb des kollektiv-vertraglichen Schutzes liegen und deren Arbeitsbedingungen ausschließlich durch individuelle Arbeitsverträge geregelt werden. Die Anzahl der Beschäftigten, die keine Sozialleistungen erhalten, hat zugenommen. So ist zum Beispiel der Anteil der Lohnempfänger ohne Krankenversicherung von 1990 bis heute von 16,1 auf 18,3% gestiegen. Die Schere zwischen unteren und oberen Einkommen öffnet sich unaufhaltsam. Die Einkommensverteilung in den USA ist noch wesentlich krasser als in Japan und Europa. So beträgt das Verhältnis zwischen höchsten und niedrigsten Einkommen in Japan 7:1, in Deutschland 25:1 und in den USA 2.000:1. Die absolute Anzahl der Armen - definiert als vierköpfige Familie, die unter 17.000 \$ im Jahr verdient - beträgt zurzeit 35,6 Millionen Menschen.

Wer mit dem Zug von Washington nach New York fährt, den begleiten riesige Industriebrachen und zahllose verfallene und verrottete Häuser, in denen immer noch Menschen wohnen. Der rücksichtslose Umgang mit der Natur und mit den Menschen ist geprägt von nationaler Überheblichkeit. Die Stadt New York weiß nicht mehr wohin mit dem Müll. Dem Vernehmen nach soll es sogar Überlegungen geben, zukünftig den Müll der Stadt regelmäßig nach Afrika zu verschiffen. Die Wegwerfgesellschaft hat hier ihren Höhepunkt erreicht.

Wovon Politiker und Unternehmer in Deutschland träumen

Im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit werden die USA in Deutschland in Betriebsversammlungen, Tarifverhand-

lungen und in Berichten und Kommentaren der Medien oft genug als Beispiel für Problemlösungen genannt. Politiker sehen Beschäftigungschancen und Unternehmer fordern eine stärkere Bekämpfung der Arbeitslosen. Lästig sind dabei nur die deutschen Gewerkschaften. Das ist in den USA anders.

"Gewerkschaften finden in den USA eigentlich nicht statt", erklärt Jürgen Thebrath, Studioleiter der ARD in New York. Es gibt nur selten etwas zu berichten. Viele der neu gegründeten Unternehmen wurden von vornherein als gewerkschaftsfreie Unternehmen geplant.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist auf unter 15% gesunken. Neue Mitglieder können Gewerkschaften im Wesentlichen nur durch Anerkennungswahlen in den einzelnen Betrieben gewinnen. Das ist eine schwierige Prozedur. Zunächst müssen 30% der Beschäftigten eines Betriebes schriftlich eine Abstimmung verlangen. Danach müssen mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten zustimmen. Erst dann ist die Gewerkschaft anerkannt, kann Mitgliedsbeiträge erheben und Tarifverhandlungen mit der jeweiligen Betriebsleitung aufnehmen.

Die Gewerkschaften können auch auf anderen Wegen neue Mitglieder gewinnen, etwa durch die Anerkennung als Tarifvertragspartei im Konsens ohne förmliche Wahl oder durch Beschäftigungszuwachs in gewerkschaftlich organisierten Betrieben. Aber die Gewerkschaften können auch wieder abgewählt werden, wenn mindestens 30% der Beschäftigten dies beantragen. Die Anzahl der Firmen, in denen die Gewerkschaften überhaupt nicht vertreten sind, hat zugenommen.

Die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen werden in den USA überwiegend auf der Betriebs- bzw. Unternehmensebene durch relativ autonome betriebliche Gewerkschaftssektionen, so genannte "locals", ausgehandelt. Es gibt Industrie- und Berufsverbände sowie allgemeine Gewerkschaften. Überwiegend sind es Berufsverbände ("craft unions"), die ihre Mitglieder allein nach der Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe organisieren. Eine allgemeine Gewerkschaft organisiert alle Arbeitnehmer unabhängig von Branche und Beruf. Im Dachverband AFL/CIO sind 102 Gewerkschaften mit ca. 70% aller Gewerkschaftsmitglieder zusammengeschlossen. Landesweit bestehen ca. 65.000 "locals", die die Beschäftigten jeweils in einem Betrieb bzw. Unternehmen vertreten.

Der Firmentarifvertrag ist die typische Form des Kollektivvertrages. Im Mittelpunkt tarifvertraglicher Regelungen stehen Löhne und andere Geldleistungen ("benefits"). Daneben werden aber auch Vereinbarungen über finanzielle Leistungen bei Krankheit, Unfall und Rente abgeschlossen, da es nur sehr wenige sozialpolitische Leistungen des Staates gibt. Außerdem treffen die Tarifvertragsparteien Regelungen für Entlassungen, Wiedereinstellungen und Umsetzungen. Die Kündigungsmöglichkeiten sind meistens abhängig von der Beschäftigungsdauer. Manchmal werden auch Verhandlungsergebnisse von anderen Betrieben mit vergleichbaren wirtschaftlichen Bedingungen übernommen. Mit Ausnahme des verarbeitenden Gewerbes schließt ein Arbeitgeberverband häufiger für mehrere Betriebe einen einheitlichen Tarifvertrag ab.

Die in der Regel dezentralen Tarifverhandlungen in den USA haben zu einer Spaltung zwischen gewerkschaftlichem und

nichtgewerkschaftlichem Sektor mit erheblichen Lohndifferenzen (bis zu 30%) geführt.

Robert McGarrah, Berater des Vorsitzenden Sweeney vom Dachverband AFL-CIO bestätigt, dass der Gewerkschaftsbund relativ schwach ist und wenig Einfluss auf die Politik der Einzelgewerkschaften nehmen kann. Und auch die Hauptvorstände der Einzelgewerkschaften haben Mühe mit ihren weitgehend selbständigen "locals". Allein in New York gibt es ca. 30 Gewerkschaften im öffentlichen Sektor. Diese Konkurrenz wird natürlich von den Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen genutzt, und die Gewerkschaften werden gegeneinander ausgespielt. Nicht selten kooperieren die Gewerkschaften in den Betrieben mit der Unternehmensleitung, um den Arbeitsplatzabbau abzumildern. Es wird verstärkt mit Outsourcing und der damit verbundenen Verschlechterung der Einkommen und Arbeitsbedingungen gedroht. Vergleichsweise selten wird gestreikt. Im Falle eines Arbeitskampfes kann die Geschäftsleitung unbefristete Ersatzarbeitskräfte einstellen, die auch nach Beendigung der Streikaktionen im Betrieb verbleiben und die Streikenden dauerhaft verdrängen.

Betriebsverfassung und Mitbestimmung sind in den USA Fremdworte. In gewerkschaftlich nicht organisierten Betrieben gibt es auch keinen Kündigungsschutz. Der Boss heuert und feuert nach Belieben. Wer Mitglied in einer Gewerkschaft wird geht ein hohes Arbeitsplatzrisiko ein.

"Die Gewerkschaften werden in den USA insbesondere von republikanischen Politikern und den meisten Unternehmern aktiv bekämpft", sagt Stadträtin Mary Pinkett. Vielen Menschen werden dadurch ihre beruflichen Möglichkeiten und bessere Lebenschancen genommen. Und das Selbstver-

ständnis dieser Weltmacht wird auch dadurch gekennzeichnet, dass weder die Konvention der Menschenrechte noch die Mehrzahl der Deklarationen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von den USA anerkannt sind.

Eine Beschäftigungspolitik der Clinton-Administration gibt es nicht. Das von Politikern und Wirtschaftslobbyisten immer wieder gerühmte Beschäftigungswunder in den Vereinigten Staaten beruht auf der Not vieler Menschen. Bei einer insgesamt niedrigen Produktivität und über 12 Millionen Gelegenheitsarbeitern relativieren Unterbeschäftigung und andere Formen verdeckter Arbeitslosigkeit das Bild der offiziellen Statistik erheblich. Über die Anzahl der illegal eingewanderten Menschen gibt es keine Statistik. Experten vermuten, dass die Anzahl mindestens den legal Eingewanderten entspricht. Sie alle suchen Arbeit gegen Bezahlung. Im sogenannten "Niedriglohnbereich" werden trotz des gesetzlichen Mindestlohns von zurzeit 5,25 \$ einfache Tätigkeiten mit 2 oder 3 \$ bezahlt.

Die illegal eingewanderten Menschen werden geduldet, weil sie unter anderem im Rahmen der Arbeitnehmereinkommen eine bestimmte Funktion erfüllen. Ihre massenhafte Nachfrage nach Beschäftigung garantiert ein äußerst niedrigeres Lohnniveau. Hinzu kommt, dass im Dienstleistungsbereich und im Handwerk ausreichende Qualifikationen oft fehlen. Es gibt aber auch kaum Qualifizierungsangebote. Der Staat vernachlässigt völlig die erforderlichen Gemeinschaftsaufgaben. Das Bildungs- und Gesundheitssystem, die Reparatur von Straßen, die Modernisierung von Verkehrsmitteln, Umweltschutz und Wasseraufbereitung liegen weit unter europäischem Standard. Es wird nur das gefördert, was profitabel ist.

Viele Menschen glauben immer noch an den amerikanischen Traum, der in der Konkurrenz der Individuen die Grundlage zum persönlichen Erfolg sieht. Solidarität ist bei diesem Prinzip ein feindlicher Begriff. Über die politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse in anderen Ländern weiß man erschreckend wenig. Darüber wird in den Schulen und Medien auch kaum informiert.

Auf die Frage, warum es vergleichsweise wenig Proteste gegen die häufig katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen gibt, erhält man in der Regel die Antwort: viele Menschen, insbesondere die Einwanderer, sind ein Leben lang dankbar, dass sie im "besten Land der Welt" leben dürfen. Den Weg vom Tellerwäscher zum Unternehmer schaffen allerdings nur sehr, sehr wenige.

Das angloamerikanische Modell staatsfreier und radikal deregulierter Märkte hat kein Beschäftigungswunder zur Folge. Es hat die sozialen Gegensätze und die Armut dramatisch verschärft. Die Beschäftigungssituation in den USA ist auf Europa nicht übertragbar. Das kann auch niemand wirklich wollen.